



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1918

521 (7.11.1918) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-182280](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-182280)

mühen, da das Bolschewikentum sich bereits über die russische Grenze auszudehnen beginnt u. eine Bedrohung wie eine Epidemie darstelle.

Weitere bolschewistische Antriebe entlarvt.

Wien, 7. Nov. (W.B. Nichtamt.) An der Wiener Demarkationslinie wurde, wie die „Wäner Mitteilungen“ melden, ein aus Rußland kommender Wagen mit bolschewistischen Flugblättern beim Verlassen heimlich über die Grenze zu kommen, gefaßt. Unter den Begleitern des Wagens befanden sich auch einige Verfasser der Flugblätter, die jetzt der Bestrafung entgegengehen.

Nach Kowowski aus Berlin abgereist.

Berlin, 7. Nov. (Von unserem Berliner Büro.) Die „A. S.“ meldet: Jüngst mit Herrn Joffe mußte auch der zum Vertreter der Sowjetregierung in Wien ausersehene frühere russische Sozialistenführer Kowowski, der sich bisher in Berlin aufgehalten hat, nach Rußland zurückkehren. Kowowski verließ seit einigen Tagen in Berlin, um hier die Zustimmung der Wiener Regierung zu seiner Ernennung abzuwarten.

Am übrigen sind mit dem Umsturz der Dinge in Wien die diplomatischen Beziehungen Oesterreich-Ungarns zu Rußland ohnehin unterbrochen.

Schweden und der Bolschewismus.

Stockholm, 6. Nov. (W.B. Nichtamt.) Mehrere schwedische Blätter besprechen die Möglichkeit des Einschreitens gegen den Bolschewismus in Rußland. „Svenska Daabladet“ glaubt nicht daran, daß die Flotte der ganzen Welt und 10 Millionen Soldaten wohl imstande sein würden, in Rußland wieder geordnete Verhältnisse zu schaffen. Die Gefahr müsse mit der Entsaufumastaffil überwunden werden, ebenso wie bei anderen Epidemien. „Svenska Dagbladet“ sagt, daß Schweden sich dem internationalen Einschreiten in Rußland nicht entziehen könne im Interesse der Humanität. „Nya Dagbladet“ meint, wenn sich Schweden dem Vorgehen gegen den Bolschewismus anschließen, werde es die Kalandsinseln zum zweiten Male verlieren, während Norwegen zum zweiten Male Finnland ohne Hilfe Schwedens retten würde.

Das Reich und Deutsch-Oesterreich.

Berlin, 7. November. (Von uns. Berliner Büro.) Als vor 14 Tagen die Abgeordneten des deutsch-oesterreichischen Nationalrats in Berlin waren, wurde ihnen bei ihrer Abreise die Versicherung gegeben, daß Deutsch-Oesterreich in seiner Lebensnot von Deutschen nicht im Stich gelassen und trotz unersetzlicher Mannes mit Getreide und Kartoffeln beliefert werden sollte. Die Hoffnungen die man daraufhin in Deutsch-Oesterreich gesetzt hat, sind leider bislang nicht erfüllt worden. Das Kabinett des Reichens war ist zwar nach wie vor für diese Angelegenheit, aber Herr v. Waldow ist Kurze, bleibt Kurze und kommt über den engen Geschäftsreis des preussischen Konferenz nun einmal nicht hinaus.

Die Sache hat damit eine sehr ernste politische Bedeutung, die sich zunächst in den deutsch-böhmischen Randgebieten äußern wird. Dort ist der Hunger kaum noch einer Steigerung fähig. Die Wochen aber, die gerade dabei sind, diese Randgebiete zu akkupieren, zeigen sich bereits, Deutsch-Böhmen mit Lebensmitteln zu versorgen, wenn diese sowjetischen ihr Selbstbestimmungsrecht zu wahren des tschechischen Staates ausüben und für diesen wahren. Damit könnten rund 3 Millionen Deutschen dem Elend überliefert werden. Man sollte annehmen, daß die deutsche Volksregierung für dieser Gesichtspunkte Verständnis aufbringen müßte.

Oesterreichische Bitte an die Entente um Sicherstellung der Volksernährung.

Wien, 7. Nov. (W.B. Nichtamt.) Korrespondenzbüro. Geleitet von dem Bestreben, die Volksernährung in jenen Gebieten, welche auf Zufuhren unbedingt angewiesen sind, also in erster Linie Wien, auch für spätere Zeit, etwa im ersten Halbjahr des kommenden Jahres 1919, sicherzustellen, hat sich das Ministerium des Reichens sofort nach Abschluß des Waffenstillstands mit dienbestimmlichen Schritten an die Entente und die Vereinigten Staaten gewandt. Die Grundlage für dieses Einschreiten bildet Artikel 15 der Seebedingungen im Waffenstillstandsabkommen, welcher die Einsetzung einer Kommission vorseht, die über Ausnahmen in der Blockade entscheiden soll, um untern Schiffe Fahrten zu gestatten.

Den erwähnten Regierungen wird die ernste Situation auf dem Ernährungsgebiet geschildert. Sie werden gebeten, diese Kommission ehestens einzusetzen und einer bestimmten Anzahl unserer Handelsdampfer, von denen mehrere in Spanien und in Niederländisch-Indien liegen, Fahrten nach Argentinien, nach Nordamerika und Indien zu gestatten. Die Regierungen werden ferner gebeten, zu gestatten, daß in jenen Ländern Getreide, Hartstoffe, Getreideflocken usw. für uns eingekauft und ordnen werden. Der Transport würde unter Leitung der Entente-Regierungen und der Vereinigten Staaten über Triest und über die von dort ausgehenden Bahnen bewerkstelligt werden.

Wenn die erhoffte Zustimmung eintrifft, können Einzelheiten mit der erwähnten Kommission in kürzester Frist festgelegt werden, sodas Ausfahrten in jene Produktionsländer, welche die hier benötigten Rohungsmittel liefern können, sobald stattfinden würden.

Ruhe in Wien.

Wien, 6. Nov. (W.B. Nichtamt.) Meldung des Wiener Telegrammen-Korrespondenzbüros. Auch der heutige Tag ist vollständig ruhig verlaufen. Der Abtransport von Kriegsgefangenen geht ununterbrochen in Ordnung voran.

Drohfreiheit in Ungarn.

Budapest, 6. Nov. (W.B. Nichtamt.) Der Justizminister legte förmliche, während des Krieges erschienenen Verordnungen über die Pressfreiheit sowie die Verbote einzelner in- und ausländischer Blätter außer Kraft.

Die Eisenbahnkatastrophe in Ungarn.

Budapest, 6. Nov. (W.B. Nichtamt.) Wie nunmehr festgestellt ist, sind bei der Eisenbahnkatastrophe gestern bei dem Bahnhof Rakos 29 Personen getötet und 67 schwer verletzt worden. Die Katastrophe wurde dadurch verursacht, daß, als der Zug Rakos passierte, plötzlich eine der Achsen brach. Der Wagen senkte sich und entgleiste. Er wurde von den überaus in voller Fahrt befindlichen Wagen förmlich zerdrückt. Die meisten Toten sind russische Kriegsgefangene, die auf den Buffern der Wagen ruhten. Diese wurden infolge des ungeheuer heftigen Stoßes unter die Räder geschleubert.

Die nationalliberale Partei nach dem Kriege.

Von Dr. Böhm, M. d. R.

Die gemaltige Umwälzung, die in der Gegenwart Reich und Einzelstaaten völlig ungegahrt, wird auch das deutsche Parteienwesen nicht unberührt lassen, wenn anders die großen Aufgaben, die gerade der parlamentarische Staat den Parteien stellt in zweckmäßiger Weise erledigt werden sollen. Auch die nationalliberale Partei wird ungesäumt einschneidende Maßnahmen treffen müssen, um festzustellen, welches Programm nach dem Willen der Wähler ihrer Anhänger nach den Erfahrungen dieses Weltkrieges bindende Kraft erlangen muß. Keine der Reichsparteien hat so schwer wie die nationalliberale in Gegenwart treten müssen zu alten Programmpunkten und Lebensforderungen. Doch eine solche Notwendigkeit vorlag, ergab sich gewiß in erster Linie aus den Erfahrungen des Weltkrieges, aber doch in erheblichem Maße daraus, daß die Partei in ihrer Organisation eine Honoratiorenpartei geblieben war, so geschildert sie sich auch manchen Forderungen des Tages anzupassen verstand.

Es ist dem Verfasser verdacht worden, daß er dies vor nicht zu langer Zeit gelegentlich der Einberufung des Zentralsprekordes aus sprach. Und doch hätte gerade die Zusammenkunft des Zentralsprekordes gelegentlich dieser selben Tagung jeden Zweifel davon überzeugen können, daß tatsächlich die Führung der Partei nahezu ausschließlich in den Händen von Akademikern, dazu einiger Industrieller und Kaufleute liegt. Die eigentlichen Massenkräfte fehlen. Nach der Reform des preussischen Wahlrechts, den Beschlüssenänderungen in zahlreichen anderen Bundesstaaten, wird aber noch mehr als bisher die Zahl der parlamentarischen Vertreter der Partei und damit ihr Einfluß abnehmen von dem, was die Massenstände denken. Es bedarf deshalb ernstlicher Erwägungen der Parteileitung, wie es ihr am besten gelingen kann, ein ungetrübtes Bild dessen zu erlangen, was den Anschauungen der großen nationalliberalen Wählerschaft entspricht. Es wird notwendig werden, vor der Aufstellung des neuen Programms über die wichtigsten Punkte nationalliberaler Zukunftspolitik ein Gutachten zu bekommen von wirklichen Vertretern der nationalliberalen Massenkräfte. Das gibt ein verfeinerter Ausblick des Zentralsprekordes nicht, denn er würde dessen Besprechungen. Das kann nur ein nach großen Gesichtspunkten vom Geschäftsführer des Ausschusses einberufenes kleineres Beiratsgremium sein, in der die Vertreter der Massenstände auch tatsächlich überwogen, d. h. die kleinen Kaufleute und Handwerker, Beamte und Dienstleistungsleute, Bauern und Arbeiter, unter allen Dingen wiederum ganz besonders stark berücksichtigt die einzelnen Kreisversteher. Zu dem Programm, das eine solche Beiratschaft entwerft, läßt dann der allgemeine Beiratsrat im Reich, in Preußen der Provinzialparlamentarier und in den übrigen Teilen des Reiches die Beschlüsse der Kreisparlamentarier und der Provinzialparlamentarier, nicht die angestrichelten Grundzüge veränderter Parteiprogramme.

Zu allererst wird die Frage zu beantworten sein, was genau und überhaupt uns heute von der Fortschrittspartei? Wenn die grundsätzlichen Auffassungen in wichtigen politischen Fragen auch nach diesem Weltkrieg derselben auseinander, daß der vollständige Apparat zweier getrennter liberaler Parteiorganisationen auch jetzt noch unbedingte Notwendigkeit ist? Sind die liberalen Massen in beiden Lagern die Träger dieses Trennungsgedankens oder die Oberbehörden, die in lokalen Einzelinteressen erstarrt, völlig übersehen, daß unendlich Vieles dahingewandert ist, was eine Trennung bisher rechtfertigte? Gewiß soll hier nicht verneint werden, daß nicht auch heute noch wichtige Programmpunkte trennen können, aber es soll nicht verschwiegen werden, daß dem Verfasser von Gegnern der Einheit im wesentlichen doch verhältnismäßig Gründe der Wählerrollen gegen die eine oder andere Verfassungskraft, mit der man früher im Kampf stand, die durch die vor dem Austritt von Parteigenossen, denen die Verschmelzung widerstreben würde, angeführt worden sind.

Doch ohne Einheit des Liberalismus, zum mindesten eine enge Arbeitsgemeinschaft beider Parteien, heute mehr als je, ist die Überzeugung eines recht erheblichen Teiles, wohl der Mehrheit der nationalliberalen Reichsanhänger, also gerade derer, die infolge des allgemeinen Wohlstandes in besonders enger Verbindung mit der Wählerschaft stehen und unter den Achtungsoberbann stehen gerade die Männer, die Massenbewegungen vertreten, nämlich auf diesem Standpunkte. Das sollte allen denjenigen zu denken geben, die alle Parteirevolutionen über stellen als die Notwendigkeit, demselben Offiziere zu sein, denen auch Soldaten folgen. Auf das einsehende wird auch die Partei zu ihrem historischen Verantwortungsbewusstsein nehmen müssen. Die vernünftige Haltung, die z. B. nach der kurzen Zeit die Bundestagssession gegenüber der Regierung des Reichskommisariats einnahm, insofern diese sie auch heute noch die Verantwortung von Weltkommission unter Umständen auf sich, soll nicht die Verbindung mit dem Parteiprogramm sein, ein von anderer Art, sondern die Verbindung mit dem Parteiprogramm. Das sollte allen denjenigen zu denken geben, die alle Parteirevolutionen über stellen als die Notwendigkeit, demselben Offiziere zu sein, denen auch Soldaten folgen. Auf das einsehende wird auch die Partei zu ihrem historischen Verantwortungsbewusstsein nehmen müssen. Die vernünftige Haltung, die z. B. nach der kurzen Zeit die Bundestagssession gegenüber der Regierung des Reichskommisariats einnahm, insofern diese sie auch heute noch die Verantwortung von Weltkommission unter Umständen auf sich, soll nicht die Verbindung mit dem Parteiprogramm sein, ein von anderer Art, sondern die Verbindung mit dem Parteiprogramm.

Die Demobilisierung.

Die Handelskammer Schopheim zur Wiederbeschäftigung der Kriegsteilnehmer in den alten Betrieben.

Die Vollversammlung der Handelskammer für die Kreise Vörrach und Waldsüt in Schopheim saßte in ihrer Sitzung vom 4. November folgenden Beschlus:

Die Handelskammer wird durch besonderes Ausschreiben auf die Firmen des Kammerbezirks dahingehend einwirken, daß sie, soweit dies noch nicht geschehen ist, ummöglichst unspätend bei der Kriegsanstalt ihre früheren im Friedensdienst befindlichen Arbeiter unter namentlicher Bezeichnung für die Zeit nach Kriegsende anfordern. Wichtigkeit sollen die Firmen ausgedrückt werden, hieron ihren früheren Arbeitern Kenntnis zu geben. Die Kammer erwartet von diesen den Firmen vorzuschlagenden Verhalten die Herbeiführung eines guten Geschäftes der Beschäftigung bei den früher beschäftigten Arbeitern und deren Familien. In Würdigung dieses Gesichtspunktes sollen die Firmen bei der namentlichen Anforderung der Arbeitsträger trotz der Unübersichtlichkeit der zukünftigen Verbindnisse großzügig verfahren. Sie sollen mithin weniger die Anforderungen danach abhängig machen, daß sie mit Sicherheit auf eine sofortige Beschäftigungsmöglichkeit für den Angeforderten rechnen können, als davon, daß dem Arbeiter durch die bestimmte Aussicht auf Rückkehr in den alten Betrieb die ihn lähmende und peinigende Ungelegenheit genommen wird, die auf die Menge der Arbeitsträger übertragen. Die Quelle für eine unvollkommene Mitteilung sein kann. Ergibt sich später für den Arbeitgeber die Unmöglichkeit der Beschäftigung des Angeforderten, so wird er ihm bei der Verfassung einer anderen Stelle behilflich sein müssen. Die Arbeitgeber sollen sich ferner sofort mit den zum Friedensdienst eingezogenen früheren Arbeitnehmern, die aus betrieblichen Gründen keine Wiederbeschäftigung nicht in Betracht kommen, in Verbindung setzen und für ihre ad-

nungsmäßige Unterkunft ummöglichst in einem belebten Betriebe sorgt sein.

Die Vollversammlung verheißt sich nicht, daß dem guten Willen der Industrie hinsichtlich der ummöglichst restloser Wiederaufnahme zum Friedensdienst eingezogenen Arbeitnehmern eine unwürdige, in der schädigung namentlich für die kritische Zeit entsprechende, in der die Heeresauflösung aufhören und andererseits die Möglichkeit des Eingriffs auf die im Inland vorhandenen Arbeitskräfte sich nach gegeben ist. In dieser Beziehung erhofft es erträglich, daß die gegebenen Stellen ummöglichst umgekehrt sich dahin ertönen, daß die aufträge noch bis zu einem Zeitpunkt in bezug gegeben werden, der möglichst an den Zeitpunkt herangehoben werden kann, an dem die Friedensarbeit zunächst auf der Grundlage der im Inland vorhandenen Arbeitskräfte und kann durch allmähliche Wiederaufnahme der Friedensarbeit beginnen kann. Einem großen Teil der Industrie des Kammerbezirks wäre in dieser Beziehung vor allem einer vorzüglichen Weiterbeschäftigung in der Spinn- und Webereibetriebe. Jedemfalls ist es unbedingte Pflicht der Zentralstellen, die sich programmatische Erklärungen darüber abzugeben, in welcher Weise sie in der kritischen Zeit dem Krieg zum Frieden Arbeitnehmern bereitstellen beabsichtigen.

Letzte Meldungen.

Profess gegen den Durchzug bayerischer Truppen. Salzburg, 7. Nov. (W.B. Nichtamt.) Heute Nachmittag trafen hier bayerische Truppen in Stärke von ungefähr 2 Bataillonen ein, die ihre Fahrt ins Oberrhein fortsetzen. Die Feldtransportleitung verweigerte die Weiterführung. Hieraus benach sich ein bayerischer Offizier an den Kommandanten der Militärstation und forderte um Freilassung des Schienenweges. Der Kommandant verweigerte dies, als der Offizier auf keinem Verlangen beharrte. In der Folge gegen den Durchzug der bayerischen Truppen Protest ein. Nationalrat legte schriftlich Verwahrung gegen den Durchzug bayerischer Truppen ein. Die Bayern letzten jedoch die Fahrt in der Richtung Schwarzau St. Veit fort.

Ein geheimnisvolles Zirkular.

Der Zürcher Anzeiger meldet: Viel besprochen wird in diplomatischen Kreisen in Bern ein aus dem Ausland gekommenes Zirkular des Inhalts, daß im höchsten Interesse der Alliierten liege, daß ein Kaiser der Oesterreich unter der Dynastie Habsburg in Oesterreich gegen das papstfeindliche Vorgehen gehalten werde. Es soll der Gedanke aufgeworfen worden sein, den alten „Deutschen Bund“ wieder herzustellen unter Einbeziehung der deutsch-österreichischen Bestandteile unter Habsburger Reiches mit einem habsburger als Kaiser. Von wem dieses geheimnisvolle Zirkular ausgeht, ist nicht angegeben.

Kaiser Karl in der Schweiz.

Der Zürcher Anzeiger meldet, daß Kaiser Karl in der Schweiz Aufenthalt nehmen und sich in St. Moritz im Engadin aufhalten werde. Über den Winter abziehen werde, was bereits die mächtigste des Kaisers für diesen und seine Familie ein Vorbereitungen gemeldet haben.

Für den Bälterbund.

Die „Basler Nationalzeitung“ meldet aus Bern: Die von Bern einberufene Kommission für den Bälterbund hat zur Zeit in Bern 5. Sitzung ab, die sich mit der Ausarbeitung eines Entwurfs für einen Bälterbund beschäftigen.

Die deutsche Waffenstillstandskommission wird empfangen werden.

Der Berliner Tempel meldet, das französische Frontkommando wird am 5. November früh Anordnungen zur Uebernahme der von den französischen Einheiten erlassenen deutschen Besatzungsstellenkommissionen.

Homerkult abgelehnt.

m. Köln, 7. Nov. (Priv.-Tel.) Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus dem Haag: Der „Kölnische Courant“ erregt aus London: Im Unterhaus wurde bei Besprechung der irischen Frage der Antrag, jetzt schon Homerkult einzuführen, mit 146 gegen 115 Stimmen abgelehnt. Es glaubt, daß nunmehr die Sinn-Fein-Politik eine erhebliche Verstärkung erfahren werde.

Rumänien und Amerika.

m. Köln, 7. Nov. (Priv.-Tel.) Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Amsterdam: Nach Renter soll Rumänien die des Einflusses der Vereinigten Staaten sich sichern haben, um auf der Friedenskonferenz eine billige Regelung seiner politischen und Gebietsrechte zu erlangen.

Italienische Erfolge in Albanien.

Rom, 6. Nov. (W.B. Nichtamt.) Die Italiener haben am 4. November Ducigno in Albanien und den Resten von Antioari besetzt.

Der Zürcher Anzeiger meldet: Bei der letzten Tagung der Basler Konferenz erhielt Clemenceau das Wort. Er sprach die Hoffnung aus, daß die festgelegten Waffenstillstands- und Friedensbedingungen ein Zusammenarbeiten der europäischen Mächte, einschließlich der jetzigen Gegner, gerne herbeiführen möchten. Frankreich sei entschlossen, zu vergessen, wenn der Friede ihm Gerechtigkeit und Genußung bringe.

Letzte Handels-Nachrichten.

Mannheimer Aktienbörsen. Auch die heutige Börse zeigte wieder ziemlich feste Tendenz. Zu höheren Kursen wurden gehandelt: Benz-Aktien, Zellulosefabrik Waldhof und Zuckerfabrik Weghlfabrik-Aktien. Ferner stiegen sich höher: Westeregal, Herderberger Kupfer und der Aktien der Portland-Cementwerke Heidelberg.

Berliner Wertpapierbörsen. Berlin, 7. Nov. Die gestern beim Schluß der Börse durchbruch gekommene feste Stimmung übertrug sich auch auf den heutigen Verkehr. Da bei der Unruhe und Unsicherheit in den letzten Tagen größere Basisverschiebungen entstanden zu sein schienen, hielt man es in Hinblick auf den nunmehr mit einer gewissen Sicherheit zu erwartenden Frieden für ratsam, diese einzudecken. Außerdem wagte sich auch bereits ein Kaufsturm hervor. Großen Umfang nahm das Geschäft an. Von Schiffahrtaktien wurden Meusa, von Montanwerten, pener, Lothring Hütte, Rombacher Hütte und Oberbergwerk, Werte sowie ferner Farbwerke, A. E. G., Deutsche Waaren, Rottweiler, Daimler und Deutsche Kalkwerke wesentlich in Höhe gesetzt. Niedriger notierten türkische Tabakaktien. Die der gestern nachbarslichen Hausse Reimmetallaktien. Die gestrige Kursbewegung machte in Verlaufe am Montag weitere Kaufschritte, weil man auch eine feste Kursgestaltung im Einheitskurse des Industriemarktes erwartete. Am Reimmetall liest die Erhöhung in österreichischen und ungarischen Reimmetall weiter an.

